



Jetzt soll die frühere Mitarbeitertankstelle am Kreishaus neuen Parkplätzen weichen. BILD: CHRISTOPHER ARLINGHAUS

Mehrheit gegen Rodung

KREISTAG Zusätzliche Parkplätze am Kreishaus – Wald bleibt stehen

VON STEPHAN BROCKMEIER

Rhein-Berg. Alle gegen einen: Bei einer der Abstimmungen über den Bau von 40 neuen Parkplätzen am Kreishaus hat der Kreistag Landrat Hermann-Josef Tebroke (CDU) geschlossen eine Abstimmungsniederlage beigebracht. Dabei ging es allerdings nur um einen Nebenasspekt. Mit den gemurmelten Worten „Das Leben ist hart“ kommentierte der Verwaltungschef das Teilergebnis schmunzelnd.

In den wesentlichen Punkten gab es dagegen sehr breite Mehr-

heiten. Erstens: Auf die zunächst geplante Rodung von mehr als 1000 Quadratmetern Wald hinter dem Kreishaus wird verzichtet. Zweitens: Die Kreisverwaltung sieht zu, dass die bisherige Bediensteten-Tankstelle durch Parkplätze ersetzt wird und weitere Parkplätze hinter dem Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium auf städtischem Gelände angelegt werden (wir berichteten). Drittens: Sollte dieser im Kreisausschuss ausführlich beschriebene Plan scheitern, soll sich die Verwaltung um Ersatzflächen bemühen. Viertens: Bevor sie solche Flächen aber

kauft, muss sie noch einmal den Kreisausschuss fragen – und das war der Punkt, den der Kreistag Tebroke auf Antrag der schwarz-grünen Koalition aufs Auge drückte.

Es gab noch einen weiteren Punkt in der Parkplatz-Debatte: Den Antrag der dreiköpfigen AfD-Fraktion, unverzüglich in die Parkraumbewirtschaftung einzusteigen, sprich: die Parkparkplatznutzer Gebühren zahlen zu lassen, lehnten CDU, SPD, Grüne, FDP, Linke und Freie Wähler geschlossen ab.

> **Kommentar**

KOMMENTAR

Zum Beschluss gegen die Waldrodung

Am Ende noch die Kurve gekriegt

REDAKTION.RHEINBERG@KSTA.DE

Die Welt wäre nicht zugrunde gegangen, wenn hinter dem Kreishaus tausend Quadratmeter Wald gerodet worden wären, um neue Parkplätze für Mitarbeiter und Besucher der Behörde zu schaffen. Aber dennoch ist es gut, dass jetzt Schluss ist mit Axt und Kettensäge. Der Kreistag hat am Ende sogar noch seine Muskeln spielen lassen und die



VON STEPHAN BROCKMEIER

Absage an die Rodung auf Antrag der SPD aus dem Kleingedruckten der Begründung in die Großbuchstaben des Beschlusstextes gehoben. Gut ist das wegen der öffentlichen Wirkung. Denn der (möglicherweise völlig unberechtigte) öffentliche Eindruck, dass die Behörde bei kleinen Schwarzbau-Besitzern knallhart nach dem Buchstaben des Gesetzes vorgeht, bei sich selbst aber fünf gerade sein lässt, wäre verheerend gewesen. Die Kreisverwaltung hat die Kurve gekriegt hat – und sich selbst damit den größten Gefallen getan.

SRB05V/1